

888 5689-4760
716 65891 87004
539 73310 73898
004 84993 80273
668 91476 92111
11 100802 101285
04 109718 110481
86 114891 116817
11 119889 120180
28 129620 129852

Dresdner Volkszeitung

Bücherei: Dresden,
Norden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Büro: Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Reichenbach und Dresden-Alstadt.

Bezugspreis: einjährlich Bringerlohn monatlich 12.00 M., durch die Post bezogen vierjährlich 30.00 M., unter Kreisband für Deutschland monatlich 25.00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungspalais 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungspalais 10. Tel. 26261.
Geschäftszeit: ab 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 geplante Sonntagszeitung 1.00 M., Familienanzeigen 3.00 M., die Sackpalte Anklagezeit 15.00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Entschädigung. Anzeigen sind im vorne zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedachten Tagen. Für Briefeübertragung 60 Pf.

Nr. 35

Dresden, Freitag den 10. Februar 1922

33. Jahrg.

Der Kanzler über den Streit

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Donnerstag hielt der Reichstag seine erste Sitzung nach dem Eisenbahnerstreit ab. Das Haus war nicht voll besetzt, da es trotz Wiederaufnahme des Verlehrsdienstes vielen Abgeordneten noch nicht möglich gewesen war, die Stütze der Gesetzgebung zu erreichen.

Nach einer etwa einstündigen Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth verließ sich das Haus auf den nächsten Tag. Am Freitag spricht zunächst der Reichsverkehrsminister Groener, noch ihm unter Genosse Wels.

Kommunisten und Unabhängige witterten hinter der Verkündung verdächtige Gründe und ließen gegen sie Sturm. Sie meinten nach der Rede des Reichskanzlers nichts gleich aus, sie als „die andre Seite“ gehört werden. Denn wurde ganz richtig entgegengesetzt, daß die Rednerliste, wie üblich, nach Kraftionsstärke geprägt sei, so daß sie doch erst am nächsten Tage zu Wort kommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte an sich gar nichts dagegen gehabt, wenn die Debatte sofort weitergeführt worden wäre. Auch ihr kam der Verkündungsantrag überaus feindlich. Und zwar ging auch diesmal wieder die Überredung von der Deutschen Volkspartei aus. Diese merkwürdige Partei weiß wieder einmal nicht, ob sie sich oder Fleisch, Männer oder Weibchen ist und wünscht, über diese Frage noch einen Tag nachdenken zu können. Am Tage vor der Debatte hatte das Blatt von Stinnes, die Deutsche Allgemeine Zeitung, angekündigt, daß die Volkspartei der Regierung die soziale Opposition machen werde. Der linke Flügel aber will, daß es damit nicht zu ergo werden soll, weil man ja doch nicht wissen kann, wie die Geschichte weitergeht. Darauf also neue Kraftionsberatung.

Es ist parlamentarisches Gewohnheitsrecht, daß vertragt wird, wenn eine große Partei es fordert. Jede Partei kann schließlich in die Rote kommen, nach einer Regierungserklärung, erst beraten zu müssen, wie sie sich zu ihr stellen soll.

Aus diesem Grunde und aus keinem andern hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Verkündung zugestimmt.

Die Rede des Reichskanzlers enthielt, wie nicht anders zu erwarten war, gegen die Urheber des Eisenbahnerstreits einige Schläge. Dieser Streit ist ja auch von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratischen Partei ausschließlich verurteilt worden. Ein einzelnen gebrauchte der Reichskanzler, momentlich wenn er von einer „Revolution“ und von einer „Aufstandsbewegung“ sprach. Außerdem, die auch von vielen sozialdemokratischen Abgeordneten als zu stark empfunden wurden.

Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie zu erwarten ist, dennoch eine Billigung der Regierungserklärung ausprägt, oder wenigstens ihre Missbilligung ablehnen wird, so gleichzeitig das darum, weil nicht über einzelne Ausdrücke und Redewendungen abgestimmt wird, die ein temperamentvoller Redner auf der Regierungsbank gedrängt hat, sondern über die Frage, ob die Regierung im Amt bleibt soll oder nicht. Würde die Regierung Wirth gestürzt, so wäre das nicht nur aus außenpolitischen Gründen ein Unheil, sondern es würde dadurch das gerade Gegenteil von dem erzielt, was auch die äußerste Linke will. Nachfolger könnte nie eine rein bürgerliche Regierung werden, die mit den Führern des Eisenbahnerstreites noch ganz anders umspringen würde als die Regierung Wirth.

Es kommt nicht darauf an, ob einem dieses oder jenes Wort gefällt, sondern darauf, daß die unheilsamen Folgen, die dieser Streit für die Beamten haben müßte, auf ein geringes Maß beschränkt werden, daß keine Rache- und Bosheitspolitik getrieben wird. Dafür will die Sozialdemokratische Partei eintreten, so sehr wie auch diesen Streit an sich missbilligt.

Dortum will die Sozialdemokratische Partei auch nicht die „Möglichkeit“ der Eisenbahner oder den Sturz jener leitenden Personen, die mit ihren Maßnahmen und der Wahl ihrer Ausdrücke vielleicht nicht immer ganz glücklich waren, die aber im großen ganzen doch nichts andres getan haben als ihre Pflicht.

Ein Vorstoß gegen das Wiesbadener Abkommen

Die französische Republikanisch-Demokratische und die Sozialistische Partei hatten eine Spezialkommission zur Prüfung des Abkommens von Wiesbaden gebildet, die jetzt nach einer Beramung dem französischen Minister für die breiten Gebiete Charles Lebel ihre „recht bezeichnenden“ Wünsche vortrug:

Die Kommission glaubt, daß der faktulative Charakter, den man von beiden Seiten dem Wiesbadener Abkommen gelassen hat, die Gefahr mit sich bringt, ein Hindernis für seine Verwirklichung zu bilden, und daß es vielleicht nötig würde, wenigstens was Deutschland betrifft, den faktulativen Charakter dieses Abkommens einzuschränken.

Im übrigen besteht der Wunsch, daß ein kommissionsystem eingerichtet würde, frost dessen die französische Produktion einen Teil der in Deutschland von diesen ausländischen Kunden gemachten Bestellungen im Austausch für die deutschen Lieferungen an die verbündeten Gebiete erhalten würde.

Die Kommission drückte den Wunsch aus, daß die Preise für die deutschen Lieferungen die deutschen Inlandpreise seien sollten und daß die Höhe, die darauf gelegt würden, in der Weise berechnet würden, daß diese Preise mit den Transportkosten zusammen auf die Höhe der französischen Marktpreise gebracht würden.

Lebel dankte der Abordnung für ihre Erklärungen und legte ihr seine Anträge und die der Regierung ausführlich dar, wobei er seinen Willen kundgab, die Wünsche der Geschädigten und der nationalen Industrie ernstlich in Betracht zu ziehen.

Diese Wünsche der Spezialkommission lagen auf nichts mehr und nichts weniger heraus, als das Wiesbadener Abkommen aller Vorteile und Sicherungen zu entkleiden, die uns gewährt wurden zum Ausgleich der darin enthaltenen Kosten und Verpflichtungen, die zum Teil weit hinausgehen über die des Pariser Vertrages. Der Wiesbadener Vertrag gibt Frankreich zwar das Recht auf die Lieferung bestimmter Waren innerhalb einer festgesetzten Frist (Optionsrecht), aber dieses Recht war nach zwei Richtungen beeinträchtigt:

Erstens müssen die von Deutschland gelieferten Waren tatsächlich für Wiederaufbauzwecke benutzt werden und dürfen nicht etwa über Frankreich auf den Weltmarkt gelangen und dort die Konkurrenz noch mehr verderben,

zweitens braucht Deutschland nur solche Waren zu liefern, die mit unsern Produktionsmöglichkeiten und Konsumtionsmöglichkeiten im Einklang stehen.

Diese unbedingt notwendigen Sicherheiten will nun ausgestalten.

Weiter erfreut die Kommission ein Kompressionsystem — sie nennt das sehr schön: „eine Art wissenschaftlicher Kooperation (Kooperation) zwischen den Industrien der beiden Länder“ — welche darin besteht, daß Deutschland außer den Soziallieferungen auch noch Auslandshandelsrechte an Frankreich vergibt. Dass die Kom-

mision hier in sehr durchdringiger Weise die Interessen der französischen Industrie vertrete, wird auch der Bindestruktur erfassen.

Als letztes würden die Kommission, daß die deutschen Industriepreise nicht wie bisher als Minimalpreise, sondern als Preise überhaupt festgesetzt werden. Auch das bedeutet eine weitere unüberholbare Belastung Deutschlands.

Es muß aber erkannt werden, inwieweit die französische Regierung sich diese Wünsche der französischen Unternehmer zu eigen macht. Nedenfalls lehnen wir schon heute diese völlig einheitliche Abänderung des Wiesbadener Vertrages entschieden ab. Um so mehr, da ein solcher Vorstoß die ersten Keime einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die uns das Wiesbadener Abkommen brachte, wieder vernichten würde.

Gröner im Reichstage

Eigene Drahtmeldung

In Berlin, 10. Februar. 1 Uhr 20 Minuten röhnt Göde die Sitzung. Da die Debatte über die Regierungserklärung erhält Reichsverkehrsminister Grönert das Wort. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers, der nur darüber ein Aburteil erfasst hat, daß schon am Mittag die Verordnung des Reichspräsidenten wieder aufgehoben worden war, werden die Ausführungen Grönerts milde. Er behält sich mit der rein sozialen Partie voll das ganze Bild vor und während des Gesprächs auf dem Podium der Technischen Ratsstube und den Eisenbahnen in Süddeutschland dafür, daß sie Deutschland vor der Hungerkatastrophe bewahrt und gen dann im einzelnen auf die Bedeutungen der Reichsgesetzes ein in wesentlicher Anlehnung an die Ausführungen des Reichskanzlers. Er sucht dann den Referentenwurf seines Ministeriums zu rechtfertigen und erklärt, daß die Reichsregierung bereit ist, in ausführlichen Verhandlungen mit den Sozialorganisationen über das Arbeitszugehörigkeits einzutreten.

Er kommt dann auf die Verordnung des Reichspräsidenten zu sprechen. Ein Urteil über die Wirksamkeit gibt er allerdings nicht ab, das liege sich erst füllen, wenn die Rechte der einzelnen Dienststellen eingeladen seien. Zur Frage der Dienstfahrverfahren verzichtet er nochmal, daß Dienstfahrverfahren dadurch verhindert werden, daß die Dienstfahrverfahren im Rahmen der bestehenden Richtlinien vor ordentlichen Gerichten verhängt werden. Niederholz ist gering in die Zahl der Dienstfahrverfahren. Die technischen Fäste werden von der Rechten und Dänen ebenfalls aufgenommen. Eine Handgranate ist an die Zähne gezwungen worden, ein paar Schläge sind zerschlagen worden, um.

Mit Gedanken stellt er fest, daß die nicht vorliegenden Sonnen ihre Verträge, die Technische Ratsstube zu unterschreiben, nicht gehalten sich lange widerstehen hätten, die Technische Ratsstube einzutragen. Am Schluss seiner Ausführungen spricht er den Wunsch aus, daß in Zukunft die gesamte Beamenschaft sich mit dem Geschäft der Reichsregierung und dem Reichs eng zusammenfühlen möchte.

Reichstagspräsident Göde verbindet eine Antrittsrede wegen der Ausschließungsverordnung des Reichspräsidenten und der andere die Anträge der beschlossenen Streitgefechter der Verhandlungen. Nach ihm erhält für die Sozialdemokratische Partei Mels das Wort. (Bei Schluss der Redaktion dauert die Diskussion an.)

Wohnungsbau und Gewerkschaften

Von A. Ellinger

Das Fehlen eines großzügigen amtlichen Programms zur Überwindung der immer größer werdenden Wohnungsnot hat bekanntlich vor mehr als Jahresfrist die deutschen Gewerkschaften veranlaßt, sich selbst um die Lösung der Wohnungsfrage zu bemühen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat damals, zusammen mit dem Allgemeinen Angestelltenbund, eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für eine gelegte Reuregelung des gesamten Wohnungswesens ausarbeiten sollte. Die Kommission hat ihre Arbeit im Sommer vorigen Jahres beendet. Als ihr Ergebnis legten der A. D. G. B. und die AfA dem Reichstag Richtlinien vor, in denen die Vergleichsstellung des gesamten Wirtschaftsweises gefordert wurde.

Der Grundgedanke, der dem Gesetzesvorhaben der Gewerkschaften zugrunde lag, war der, daß alle Bewohner von Wohnräumen für die Erhaltung und Verwaltung des vorhandenen Miethausbestandes wie auch für den Bau der erforderlichen Neuwohnungen gemeinsam haftbar sein sollten. Den heutigen Hausbesitzern sollte die Sorge um die Verwaltung und Instandhaltung ihrer Häuser von Selbstverwaltungsfördervereinen (Hausmeistern, Wohnungsbünden usw.) übernommen werden. Das Eigentum an den Häusern sollte gegen einen Wert der Häuser in der Vorkriegszeit entsprechende Rente ebenfalls auf die Selbstverwaltungsfördervereine übertragen werden.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages (Unterausschuss) sind die Vorschläge der Gewerkschaften — denen auch die beiden sozialistischen Fraktionen ihre Zustimmung geben — in monatelangen Beratungen unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeiterverbände eingehend erörtert worden. Leider wurden sie schließlich von den Vertretern der bürgerlichen Partien, der Unternehmer und der christlichen Gewerkschaften gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Vertreter der freien Gewerkschaften abgelehnt.

Außerdem von der grundlegenden Reuregelung der Wohnungsfrage hatten die Gewerkschaften auch Vorschläge zu einem verlängerten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgesehen. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unter Volk nicht noch mehr in Finanzschwäche zu stürzen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfang aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Als Kapitalquellen würden unter anderem vorgeschlagen: die Erfassung der Goldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Bauwerke dem nichtstaatlichen Bauunternehmen, der Aufenthaltszeit neuer Rohstofffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkste Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen, künftig aber auch die Erhöhung der Wohnungszugabe, unter der Vorwegnahme, daß alle Mieten, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Wertsteigerung der Wohnungen entspricht. Von den auszumenden Mitteln sollten mindestens 75 v. H. gemeindwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden aufgezehrt werden.

Auch um diese Vorschläge hat sich im Unterausschuss ein heftiger Streit entpponnen. Vertreter der Arbeitgeberverbände und Vertreter der bürgerlichen Partien verlangten eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermöglicht, in einem verlängerten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgesehen. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unter Volk nicht noch mehr in Finanzschwäche zu stürzen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfang aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Als Kapitalquellen würden unter anderem vorgeschlagen: die Erfassung der Goldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Bauwerke dem nichtstaatlichen Bauunternehmen, der Aufenthaltszeit neuer Rohstofffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkste Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen, künftig aber auch die Erhöhung der Wohnungszugabe, unter der Vorwegnahme, daß alle Mieten, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Wertsteigerung der Wohnungen entspricht. Von den auszumenden Mitteln sollten mindestens 75 v. H. gemeindwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden aufgezehrt werden.

Auch um diese Vorschläge hat sich im Unterausschuss ein heftiger Streit entpponnen. Vertreter der Arbeitgeberverbände und Vertreter der bürgerlichen Partien verlangten eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermöglicht,

eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermöglicht, in einem verlängerten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgesehen. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unter Volk nicht noch mehr in Finanzschwäche zu stürzen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfang aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Als Kapitalquellen würden unter anderem vorgeschlagen: die Erfassung der Goldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Bauwerke dem nichtstaatlichen Bauunternehmen, der Aufenthaltszeit neuer Rohstofffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkste Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen, künftig aber auch die Erhöhung der Wohnungszugabe, unter der Vorwegnahme, daß alle Mieten, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Wertsteigerung der Wohnungen entspricht. Von den auszumenden Mitteln sollten mindestens 75 v. H. gemeindwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden aufgezehrt werden.

Der Gesetzesentwurf den die Reichsregierung soeben zur Finanzierung des Wohnungsausschusses und der Reichstag selbst haben den Vorschlägen des Unterausschusses im großen ganzen zugesagt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Bauaufenthaltszufuhr von der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterchaft auf Jahrzehnte hinzu in die Finanzschwäche des Finanzfonds gerät und um Lauten der Jahre das Doppelte bezahlen muss, was sie bei der direkten Ausbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß das beschafft werden könne.

Der Gesetzesentwurf den die Reichsregierung soeben zur Finanzierung des Wohnungsausschusses und der Reichstag selbst haben den Vorschlägen des Unterausschusses im großen ganzen zugesagt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Bauaufenthaltszufuhr von der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterchaft auf Jahrzehnte hinzu in die Finanzschwäche des Finanzfonds gerät und um Lauten der Jahre das Doppelte bezahlen muss, was sie bei der direkten Ausbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß das beschafft werden könne.

Der Gesetzesentwurf den die Reichsregierung soeben zur Finanzierung des Wohnungsausschusses und der Reichstag selbst haben den Vorschlägen des Unterausschusses im großen ganzen zugesagt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Bauaufenthaltszufuhr von der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterchaft auf Jahrzehnte hinzu in die Finanzschwäche des Finanzfonds gerät und um Lauten der Jahre das Doppelte bezahlen muss, was sie bei der direkten Ausbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß das beschafft werden könne.

die aufkommenden Summen im wesentlichen zur Vergütung und Tilgung der im vorigen Jahre aufgenommenen und in im Büro zu melden. Die Kollegen sollen wissen, daß diesem Jahre noch aufzunehmenden Anleihen gebraucht. Sie müssen zu diesem Zweck bis zur Tilgung des Anleihebaldes offiziell neu erhoben werden. Zur Finanzierung des nächsten jährigen Panprogramms suchen dann wieder keine Mittel zur Verfügung so daß, wenn weiter gebaut werden soll - und das ist unbedingt notwendig - die Wohnungsaufgabe im nächsten Jahr zur Vergütung neuer Anleihen erneut um 20 bis 30 Prozent, bei der weiteren Entwicklung unseres Gesetzes vielleicht sogar um 100 Prozent, erhöht werden muß. Und dieses Streit wird das Jahr für Jahr wiederholen bis die Wohnungsnorm überwunden oder ein Ausgleich zwischen Bauwagen und Wohnungsmieten gefunden ist. Wer das weiß ist die deutliche Witterung dem Finanzkapital noch aufzuhören hinzu ansichtlich nämlich bis zu der Zeit, wo die aufgenommenen Anleihen völlig gelöst worden sind. Die sozialistischen Fraktionen des Reichstags sollten deshalb darum dringen, daß das Reich auf die Anleihewirtschaft im Wohnungsbau verzichtet und für die laufende Deckung der Haushalte entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften votiert.

Die Rückkehr zur Arbeit

Nach den gehirn abend im Reichsverkehrsministerium vorliegenden Weisungen ist die Arbeit in den meisten Direktionsbezirken des Reiches ohne Rücksicht wieder aufgenommen worden. Nur in den Bezirken Erfurt und Eisenach sind die Beamten und Arbeiter noch etwas unruhig. In Eisenach fordern die Beamten noch gewisse Bürigungshilfen zur Frage der Mahregelungen. Man rechnet aber damit, daß Anfang nächster Woche der volle fahrtplanmäßige Eisenbahnerverkehr wieder im Gange sein wird. Im Direktionsbezirk Berlin kommt im Laufe des Tages der Zugverkehr auf 55 bis 60 Prozent des Gesamtbahnpanges gebracht werden. Auch im Bereich der Eisenbahnsgeneraldirektion Dresden haben sich die Beamten und Arbeiter im Laufe des gestrigen Tages wieder zum Dienst gemeldet. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat sich reibungslos vollzogen. Die Betriebs- und Verkehrsabteilung hat sich wesentlich verbessert. Die Räumung und Inbetriebnahme der Bahnhöfe ist im vollen Gange. Im Personenverkehr sind zunächst in der Hauptstadt die für den Berufsverkehr wichtigen Vorortverbindungen in Betrieb genommen worden, doch kommen auch einige Fernverkehrslinien nach Hof, Görlitz und Berlin abgefertigt werden. Eine Vermehrung der Züge ist für heute zu erwarten. Der Übergang zum vollen fahrtplanmäßigen Betrieb kann wegen der zu überwindenden großen technischen Schwierigkeiten nur nach und nach erfolgen.

Die Kohlenversorgung nach dem Streik

Der Reichsstaatsminister macht die Kohlenverbraucher auf folgendes aufmerksam: Selbst bei sofortiger Wiederaufnahme des Güterverkehrs wird der normale Kohlenversand kaum vor acht bis zehn Tagen wieder im Gange sein. An vielen Stellen steht also eine dringende Kohlennot infolge des Verhangens des Verkehrs leider erst noch bevor. Die Verbraucher werden gut tun, ihre Verfügungen so zu treffen, daß sie vorerst nur mit einer vorgerückten und spätkomlichen Brennstofflieferung rechnen.

Der D.E.V. an seine Mitglieder

Der Deutsche Eisenbahnerverband in Dresden rückte am 9. Februar folgenden Aufführung:

Der Streik der Reichsgewerkschaft ist beendet. Die Ortsverwaltung unseres Verbandes hat vom ersten Tage an das Vorgehen der Reichsgewerkschaft abgelehnt, da ihre Taktik zum Scheitern verurteilt war. Unser Mitglieder haben unter Wahrung in den Wind geschlagen und sind dem Verlust der Reichsgewerkschaft gefolgt.

Die Stimmung unserer Kollegen, die diesen Schritt möglich machte, ist uns verständlich. Sie sind erbittert durch die schleppten Lohnverhandlungen, über die ungünstige Bezahlung, die sie nunmehr läuft. Das brüllende Vorgehen der Regierung ließ das Solidaritätsgefühl der Eisenbahner aufblühen, und die Gerechtigkeit erfordert die Feststellung, daß die Reichsregierung die Hauptheilfahrt trägt, wenn der Streik ausgedehnt gewinnen könnte.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Kampf selbst verfehlt und schädlich war. Wir wollen in der jetzigen Situation nicht mit der Reichsgewerkschaft rechnen. Über die bitteren Lehren des Streiks werden wir in Kürze mit unseren Mitgliedern rückhalts sprechen.

Die Ortsverwaltung hat den festen Willen, die Kollegen nach jeder Richtung hin zu schützen. Die Mitglieder werden erkannt, jede Maßregelung, jede

Leben • Wissen • Kunst

Konzerte

Konzert des Dresdner Männergesangvereins. Die Mitgliedschaft der städtischen Männerchor ist erst in den letzten Jahren auf 90 Stimmen angewachsen, nachdem sie der Krieg nur ein Drittel davon gelassen hatte. Da ist es denn ganz natürlich, daß der an sich respektable Männerchor nur allmählich von den erwünschten Disziplinen durchdrungen werden kann, wie auch, daß auf dem Wege des Aufstiegs einmal eine Stelle mit einer kleinen Sinfonie zu durchstreiten ist. Das könnte nur kurzfristig entmutigen. Und dann: während den Männer alle von außen kommenden Erziehungen doch nicht aus dem Geschäftswesen seines handwerklichen Königs zu bringen vermögen, würde die Leistungen des Körperschulvereins unvermeidbar Ungenug der Gesamtkunst herab. Das war hier offenbar der Anlaß, daß nach vorausgewordener Umbeziehung der sozialistischen Wirkung. Solche Dinge, besonders wenn sie wie hier, in das Stammertreffen des Chores eingreifen, können lärmend auf Stimmung und technische Ausbildung wirken. Das aber möglicherweise nicht so streng. Also vorwärts mit gutem Ritus! Martin Otto vertont den verhinderten Baritonländer Ritus, und für die ungewöhnlich gewordene Frau Sängerin sang Frau Hajo von Peterse. Die vier raus bekannt gewordene taunische Sängerin sang mit prächtiger Stimme über Mozart und Rossini. Und für Alabijeffs Nachklang sang sie hier das rechte Publikum. Johannes Reicker, der vorzüchliche Pianist, batte die Türe einstudiert und leitete sie, soweit das von ihm abging, mit Erfolg. Auch die Sängerin begleitete er am Flügel mit feinem Empfinden. P. B.

Ein Konzert der Städtischen Gesellschaft der Technischen Universität. Der Johannes Brahms gewidmete, Seine G.-Dur-Sonate für Violin und Klavier eröffnete den Abend. Marie Selle als angekündigte Geigerin und Ferdinand Reuter als gewandter Pianist erfreuten durch schönes Zusammenspiel. Swanne Michel, von Paul Sünterbauer gesäumt, begleitete lange fröhlich und feinfühlig einige Sopranlieder. Werner hörtet mir mit innigem Vergnügen den fachmännischen Siedestil der beiden von Seine Sudchner-Waltsche, Ida Bahr und Robert Erdmann. Auch die Robertson singen. Kurz im Abend, der im Gedächtnis bleibt. P. B.

Musikabend. Geta Regge und Johannes Strauß erweisen sich erneut als zwei Künstler, die sich dem Schaffen der Gegenwart mit Einfühlungsgabe und technischem Geschicklichkeit hin-

Schwierigkeit bei Eintreten des Dienstes sofort die Organisation hinter ihnen sieht.

Das ist auch der Wille unseres Hauptvorstandes. Er teilt uns mit, daß der Verband sich gegen Mahregelungen einsetzt. In den Verhandlungen mit der Regierung ist nach seiner Meldung vereinbart worden, daß die Übersteuerungsaufschläge auch auf die Beamten übertragen werden. Verhandlungen über eine Änderung der Grundlöne finden statt, ebenso mit den Spartenverbänden über das Arbeitszeitgebot.

Die Haltung unseres Verbandes hält ein Teil unserer Mitglieder beim Ausbruch des Streiks für falsch. Wenige Tage haben genügt, um die Nichtigkeit unserer Taktik zu beweisen. Die Sabotierenden und Zweifler in unsern Reihen sind mit neuen Vertretern zum Deutschen Eisenbahnerverband erfüllt und weit über unsern Mitgliederkreis haben die Eisenbahner Glauben an unsere Organisation gewonnen.

Kollegen! Schlicht euch fest zusammen! Wer unterzürkt für den Verband! Denn die Hoffnung aller Eisenbahner liegt im Deutschen Eisenbahnerverband. Deutscher Eisenbahnerverband. Ortsverwaltung Leipzig.

Die Arbeitsaufnahme in Berlin

Berlin, 9. Februar. Die Berliner städtischen Arbeiter sind heute morgen größtenteils in den einzelnen Betrieben erschienen. Aber die Aufnahme der Arbeit war natürlich noch nicht einheitlich. Die Straßenbahner haben sich fast vollständig geweckt. Die Straßenbahnen der Straßenbahn in Lichtenberg wurde heute von etwa 1200 bisher dort tätig gewesenen Arbeitern gestoppt, die sich weigerten, sich einzeln im Büro zu melden. Einzelheit könne die Werkstatt. Nach einer Absprache bei den verschiedenen Betrieben ist anzunehmen, daß die Zahl der entlassenen und mit wieder eingestellten Arbeiter und Straßenbahner 5000 betont. Der Eisenbahnbauvorstand ist seit heute vormittag wieder verstärkt aufgenommen worden.

Berlin, 9. Februar. Der Magistrat befindigt sich in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung mit den Grundlagen, die bei der Einstellung der neuen Betriebschäden anzuwenden seien. Es wurde beschlossen, hierbei sich einzelne Schwierigkeiten, wie sie bei dem Umgang der Verwaltung und der großen Zahl der Betriebe entstehen können, in dieser Verbindung mit den Spartenorganisationen zu lösen und angedeutet Verbindung mit den einzelnen Verwaltungen einzugehen. Der Magistrat stellt schließlich fest, daß mit der er letzten Entlassung der im Auslande verbliebenen Arbeiter auch eine Auswahl der Betriebsräte erforderlich geworden sei.

Die Regierung zum Eisenbahnerstreit

Deutscher Reichstag

168. Sitzung.

Donnerstag den 9. Februar 1922, 3 Uhr.

Das Haus, die Regierungsbände und Tribünen sind voll besetzt. Durch die Auflösung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, betreffend Verordnung der Arbeitsniederlegung der Reichsbeamten, sind die auf der Tagessordnung stehenden Anträge auf Auflösung der Verordnung des Reichspräsidenten erledigt.

Ang. Adolf Hoffmann (Kommt) verließ folgenden neuen Antrag seiner Fraktion: „Der Reichstag wolle beschließen: Die anlässlich des Eisenbahnerstreits eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Beamte sind sofort einzustellen, neue sind nicht mehr einzuleiten. Einzelne und Massenentlassungen gegen Arbeiter und Beamte anlässlich des Eisenbahnerstreits der Eisenbahn, der Post, aber in anderen Staatsbetrieben haben nicht zu erfolgen. Die eingeleiteten Strafverfolgungen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar sind niedergeschlagen. (Querschrift: Es gibt eine Extrabelohnung! - Heiterkeit.) Neue Strafverfolgungen dürfen nicht eingeleitet werden.“

Entgegnahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Werkschaft des Gebäudens, die Reparationsfrage aus dem Gespfe des Gewaltmarsches zu lösen, hängt ab von dem Grade des Vertrauens, das Deutschland und seine parlamentarische Regierung dem Auslande einfließen. Ein Staat, der andre zu wirtschaftlichen Gesichtspunkten verschafft, kann nur den Glauben finden, wenn er selbst die Leute in seinem Hause anwendet, die er propagiert. Nur ein arbeitsames, sparsames und häusliches Ordnen lebtendes Deutschland kann die auswärtige Politik führen, die ihm seinen inneren Wiederaufbau gewährleistet. Am dieser Punkt, die von jedem einzelnen, von jedem Berufe und von jeder Klasse die höchste Selbstsucht fordert, ist in der letzten Zeit sehr häufig gesündigt worden. (Zehn mal!) Und zwar gerade von den Beamten, die nach ihrer Tätigkeit und Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen sind, zum Wiederaufbau beizutragen. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Eisenbahnerbeamten, die man gewöhnlich Streik nennt, die ich aber nicht gögne, als eine schwere

Entnahmefestigkeit. Das aber die Anwendung nicht sofort an allen Stellen durchdringen konnte, verzögerte sich die Werkaufnahme der Arbeit. In dieser Zeit war der Vorarbeit nicht schon so weit ausgedehnt, daß fast 30 Prozent des normalen Verkehrs bewilligt wurden. Ein langer Zeit war auch schon eine Steigerung auf 50 Prozent vorausgesehen. (Heiterkeit und Querschrift: Eisenbahnmäuse sind vorgestellt!) Die Überwerbung der Spartenorganisationen wurde einen Widerstand von 50 bis 60 Millionen bedeuten. Daher konnten diese Arbeitsergebnisse unmöglich als gegebene Grundlage für neue Verhandlung ansehen werden. (Hört, hört!) Umfassende Erhebungen ergaben aber, daß die Industrielöhne in den Großstädten teilweise höher waren als die Reichsbeamterlöhne, doch anderseits aber in weiten Reichsmeisterschaftsbereichen umgekehrt die Reichsbeamterlöhne nicht unerheblich höher waren als die Industrielöhne. Man einzige sah daher in der ersten Januarhälfte darin, daß die Reichsbeamterlöhne allgemein um 75 Pf. pro Stunde erhöht werden sollten. Daneben sollten in gewissen Orten Nebensteuerung abgeschafft werden. Auch für die Beamten und Angestellten sollte ähnlich wie für die Arbeiter ein Weg gefunden werden, für Orte mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen etwas Besonderes zu tun. Schon am 10. Januar begannen im Reichsverkehrsministerium die Verhandlungen über die Teuerungsabschaffung der Arbeit. Am 20. Januar begann der Beamtenausschuß des Reichstags die Beratungen über die entsprechenden Maßnahmen für die Beamten, die bald zu einem positiven Ergebnis führten. Schon am 21. Januar erklärte die Reichsregierung sich auch bereit, in eine eingehende Aussprache über alle übrigen Befolgsungsfragen einzutreten und auch die Grundhälter zu prüfen. Die Nachprüfung soll beobachtet durchführbar sein. Obwohl die Verhandlungen einen durchaus verbindenden Verlauf annehmen vertraten, und obwohl die Oberschicht hierüber nändig auf dem laufenden gehalten wurde, stellte die Reichsgewerkschaft am 27. Januar nochmals dieselben Forderungen, die schon im Dezember als unverfügbar abgelehnt worden waren. Unter anderem wurde die Abzüglichung des Arbeitentenheitszuflusses des

Arbeitszeitgebotes

gefordert. Über diesen Gegenstand sind die Verhandlungen noch gar nicht abgeschlossen. Von einem Ausnahmefestigkeit gegen die Eisenbahner kann keineswegs gesprochen werden. Die bisher geplante Verabschiedung haben davon geführt, daß die Spartenorganisationen sich bereit erklärt haben, mit dem Reichsverkehrsminister in einer eingehenderen Beratung über diese Materie zu treten. Ob eine allgemeine Arbeitzeit eingeführt werden soll, noch zur Debatte. Die Arbeiter aller Gewerkschaften werden Galerien erhalten, hierzu Stellung zu nehmen. Von welchem Standpunkt man auch zu dem letzten Ergebnis Stellung nehmen mag, um eines kommt man nicht herum: Die Eisenbahnen müssen wirtschaftlich gestaltet werden. (Geht richtig!) Die Reichsgewerkschaft setzt mit ihrem Verhalten ins Unrecht gegenüber der Reichsregierung, die alles getan hat, um eine Verabschiedung bezüglich der Löhne zu herzustellen. Die Folgen dieses ersten Beamtenstreits (Vierzig bis Zwischenruf: Wahrhaftig!) lassen sich noch nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft hat sich auch ins Unrecht gestellt gegenüber dem gesamten deutschen Volke. Die Kernaussage ist die, wie sich die Reichsregierung grundsätzlich zu diesem Streit gestellt hat. Es ist nicht die wirtschaftliche, nicht die Arbeitszeitfrage, sondern die prinzipielle Frage des

Streitrechts der Beamten.

(Sehr richtig!) Alle Staatsregierungen sind sich hierin einig: Für öffentlich-rechtlich angestellte Beamte gibt es keinen Streit. (Hört, hört! Unkl.) — (Sehr richtig!) richtig.

Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig.) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle

Massenentlassungen und Disziplinarverfahren nicht erfolgen sollte. Die Reichsgewerkschaft gab jedoch am 8. Februar früh die Anweisung zum Abbruch des Streiks und zu sofortiger Wieder-

aufnahme der Arbeit der Beamten.

Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung.

(Vierzig richtig.) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstver-

hältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle

Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einzigstiegliegt, hat den Anspruch auf alle Leistungsfähigkeit und keinem Entschuldigungsschutz. (Vierzig richtig!) Die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Vierzig richtig!) Wer

Arbeiter sind
nicht mehr mit
in Lichtenberg
gewesen
im Bureau zu
einer Rückfrage
die Zahl der
Straßenkinder
heute vormittag

sie sich in seine
reien, die bei der
bei dem Um-
einstiegen können
zu töten und
erwaltung einen
mit der et aligen
aus einer Re-

Streit

sofort auf alle
die Bizer-
vertrieb schon
normalen Ver-
sucht schon
unter und zwische
Legenbergs
Bundesland von
die Freiderungen
angeführten
haben aber, das
aber waren als
den Fleischwirt
nicht unechtlich
daher in der
dine allgemeinen
Tandem
Daneben
wüßte ge-
lten sollte ih-
Für Orte mit
Besonderes zu
chroministerium
Arbeiter. Am
Stadtgut die Be-
Beamten, die
am 21. Januar
eingehende Aus-
treten und auch
durch beschleunigt
einen durchaus
ob obwohl die
halten wurde,
mehr die selben
über abgelebt
schnellung das Re-

ndungen noch
meigeben gegen
Die bisher ge-
die Sozial-
heitsverbände
zu treten.
werden soll
der Gewerks-
Stellung zu
am leichtesten
n ist herum-
den. (Sekr.
Verhalten ins-
stan, um
führen. Die
Gewerkschaft:
Rechtsver-
dem gesamten
Reichsregie-
Es ist nicht
prinzipielle

einig:

einen Streit,

der Verwal-
tung Durch-
such aus alle

Befreiung

werden

die sich der

Reichsregie-

rungsminister-
eichen KreiseVerbreitung
des Wörter-
aus, und er

sich das noch

zögl. Seige-

n ein um-
den ein-
nen Völker-

ermann auf-

dium und

nen irgend-

etem Stoch-

Rathausum-

sch für den

in überaus

lebendig

Ueberblick

bei den Be-

in Neuhof

ner Beicht-

niederholen

turismusum

Beispiel zu

den ältesten

über das

Zoographen

umfassende

sei darum

empfohlen;

nugungen Dr. Ha-

Dienstag den 10. Februar 1923

Satzung

verschärfungen verloren. (Sehr richtig!) Allerdings gewährt die Reichsverfassung das Recht der Besiegung, um Versammlungen zu verbieten. Daraus kann aber weder dem Sinn noch dem Geist der Gesetzgebung nach der Gedanke abgeleitet werden, daß öffenlich-rechtliche Beamte die Wahrnehmung ihrer Pflichten vernachlässigen dürfen. Nach dem Gesetz übernimmt der Beamte vis-à-vis die Verpflichtung, das ihm übertrogene Amt gewissenhaft wahrzunehmen. Dieser Verpflichtung stehen auch besondere Rechte gegenüber. Der Beamte ist gegen Kündigung und Entlassung geschützt. In der Regel sind die Beamten, insbesondere die Eisenbahnamt, lebenslanglich angestellt. Das Gehalt wird erstmals im voraus angezeigt. (Wiederum links: Es reicht nicht aus!) Die Dienstblätter sind gleichfalls gesetzlich.

Alle diese Rechte sind mit einem Strafrecht unvereinbar, doch möchte auch das Reich berechtigt sein, ohne weiteres zu fungieren. In dieser prinzipiellen Frage haben alle bisherigen Regelungen diesen Standpunkt eingenommen und werden ihn immer einnehmen müssen, wenn sie eine geordnete Staatsverwaltung aufrecht erhalten wollen. In Sovjetrußland herrscht derzeit eine gewisse Kündigung und Entlassung gesetzlich. (Vorher links.) Auch der sozialistische Minister Lipinski kennt die einen Standpunkt. Ich wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, die ein Strafrecht der Beamten anerkennt. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der besonderen Stellung dieses Standes ergeben. Die Reichsregierung anerkennt auf den anderen Seiten aber auch die Pflicht des Staates, in der Fürsorge für seine Beamten innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, was in ihren Kräften steht. (Rechts.) Die Regierung hat der Bevölkerung durch ihre sozialistische Erledigung der Beamtenforderungen einen Anlaß gegeben, der Regierung ihre Vertreter zu führen und sich zum Aufbruch hinzuholen zu lassen. (Der Zuschauer läuft.) Der Streit, der die Regierung und die Oeffentlichkeit ausmacht, ist schwer lang in Atem gehalten. Handel und Verkehr sind schwerje geschädigt hat, ist zu Ende. Wir sind seiner Zeit geworden, geführt auf die ungemeinste Gelösung aller Siedlungen des Reichs, auch der Gewerkschaften, daß sie mit ihm nicht einverstanden sind. Allen denen, auf die wir uns in der Abwehr zurück könnten, spreche ich unser Dank aus. (Rechts.) Der Dank gilt insbesondere der Technischen Notshilfe. (Rechts läuft.) Sie nehmen die Streikbrecher, die die Berliner Straßenbahn mit Licht und Wasser versorgt haben. (Rechts Zustimmung der Mehrheit.) Beide haben infolge des Beamtenstreiks zahlreiche Arbeitnehmer ihr Leben verloren, ein Umstand, den sich diejenigen in ihrer Gewissen schreiben sollten, die die Betriebsförderung für Gesellschaften tragen. (Erneuter großer Applaus bei den Kommerzien und Nachbürger.) — Der Präsident bittet, den Reichslandtag zu lassen. Ich danke insbesondere den Gewerkschaften aller Richtungen für die fahrlässige und rücksichtlose, in der sie mit beraten haben. In den Gewerkschaftsbüros habe ich in den letzten Stunden Männer gesehen, die zu Antreten des Staates und der Gesellschaft über alle Sonderschichten gestellt haben. (Rechts.) Mit der Beendigung des Streites ist die Fortsetzung des Reichsregierung gegen vorbereitet. Damit wird aber nicht das Strafrecht der Beamten wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, der darf nicht leichtfertig auf dem Wege zur Arbeit Hindernisse für Staat und Reichsstadt aufstellen. (Rechts.)

Präsident Löbe: Von mehreren Parteien ist der Wunsch geäußert worden, die Besetzung jetzt abzubrechen. Ist das Haus damit einverstanden? (Günthersche Bruststraff auf der äußeren Türen.) Nach einer längeren Gesellschaftsordnung wurde so eine Befreiung der Regierungserklärung gegen den sozialistischen Widerspruch der Kommunisten und Nachbürger aufzutragen mittag verlängert.

Die Erklärung der sozialistischen Regierung

In der gestrigen Landtagssitzung gab namens der sozialistischen Regierung Ministerpräsident Buck folgende Erklärung ab:

Der in der Nacht vom 1. zum 2. Februar ausgebrochene Streit der Lokomotivführer im Bereich der Generaldirektion Dresden der Reichseisenbahnen und in weiteren Teilen des Reiches hat mit Rücksicht auf die Wirkungen, die sich sofort mit Eintritt des Streits bemerkbar machen und mit jedem Tage der Fortdauer schlimmere Folgen zeitigen möglichen, die Staatsregierung veranlaßt, Stellung zu dieser Frage zu nehmen.

Auf Eruchen des Reichsministeriums des Innern, dem Technischen Notshilfe unterstellt, wurde am 31. Januar 1922 vom sächsischen Wirtschaftsministerium im Einverständnis mit der Generaldirektion der Reichseisenbahnen der Einsatz der Teno genehmigt. Das Ministerium des Innern ordnete den Schutz der Bahnhofsanlagen und Betriebsanlagen durch die Polizei sowie im Rahmen der Verordnung vom 18. Juli 1921 an.

Die Generaldirektion ihrerseits bemühte sich, einen Notverfahrt aufrechtzuerhalten und trotz vielen Schwierigkeiten Bütte mit Milch, Lebensmitteln, Kohlen verfahren zu lassen.

Die Information über Stand und Entwicklung des Streites ist direkt von der Regierung oder durch die Reichsbahnstelle bei der Generaldirektion, den Verwaltungsbüroen und Organisationen der Eisenbahner eingeholt und je nach den erhaltenen Auskünften sind Dispositionen getroffen, die zur Verhütung der schlimmsten Folgen für Ernährung und Wirtschaft beitragen sollen.

Die sozialistische Regierung hat sich durch direkte Verhandlung mit dem Reichsverkehrsministerium bemüht, für eine Reihe der Behörden die Aushebung der Auszeichnung des Reichsverkehrsministeriums zu erlangen, nach der Streifende, auch wenn sie sich zur Wahrung des Notverfahrs bereit erklärt, dazu nicht zugelassen werden dürfen.

Eine weitere Einwirkung auf die Reichsregierung oder Streit direkt oder indirekt beteiligte Personen oder Vertragspartner hat die Staatsregierung nicht unternommen, da sie es nicht für richtig gehalten hat, in einer solchen Situation die Entsichtbarkeit der allein die Verantwortung tragenden Reichsbahnregierung zu beeinflussen und von ihr Maßnahmen zu verlangen, die für einzelne Gebiete des Reiches eventuell übergehende Ereignisse bringen könnten, für den Gegenüberlauf des Streites aber unverhältnismäßig waren. Die Reichsregierung hat bei allen ihren Maßnahmen die Wirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und die politische Lage und den Willen entscheidend sein zu lassen, vor dem Deutschen Reichstag die Notwendigkeit der angeordneten Maßnahmen noch zu weisen und zu vertreten.

Die Staatsregierung wird, wenn von dem Herrn Hofmann, Senator des Landtags die Anfrage der Herren Stellner u. Gen. und der Antrag des Herrn Abg. Stellner zur Beratung auf die Tagesordnung geholt werden, Auskunft über die speziellen in den Anträgen behandelten Angelegenheiten geben. Die Polizeiorgane, Sendarbeit und Landespolizei haben ziellos ihre Pflicht erfüllt. Die zu Mängelurteilen Anträge gebenden Richtlinien der Polizeibeamtenorganisation sind vom

Verbund, nach Rücksicht mit dem Präsidenten der Landespolizeiverwaltung, selbst berichtigten worden. Durch Tagesschreiben der Landespolizeiverwaltung vom 7. Februar Nr. 550 wird gemeldet:

Die Stellungnahme des Polizeibeamten-Verbundes hat nach Witterung der Regierungskommission unter den Polizeibeamten keinen Zweifel an der unabdingbaren Erfüllung ihrer Berufspflicht vorbereitet. Die Polizeibeamten erfüllen bedenlos ihre Dienstpflicht.

Die Regierungserklärung die anstehende Tätigkeit der Rothelfer, der Eisenbahnen und ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter und der Polizei in den letzten schweren Tagen dankbar an.

Teleunion-Sachsenbund verbreitet die Nachricht, daß Minister Lipinski der Technischen Notshilfe seinen Dank ausgesprochen habe. Tatsächlich hat Minister Lipinski seinerseits eine Kündigung und Entlassung genommen, sich über die Technische Notshilfe zu äußern, da er mit ihr nichts zu tun hat. Was die Gesamtregierung über die Technische Notshilfe zu sagen hat, ist in der Erklärung des Ministerpräsidenten im Landtag gesagt worden.

Kein Ausschub der Genoa-Konferenz

Der französische Verteidiger, die Konferenz von Genoa zu verhindern, scheint auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Im englischen Unterhaus erklärte gestern Lloyd George, daß man den 8. März für die Eröffnung der Konferenz feststellt habe. Das scheint eine eindeutige Ablehnung der Fortsetzung von Genoa zu sein.

Auch in Italien werden die Vorbereitungen zur Konferenz trotz der Kabinettstreite eifrig fortgesetzt, wobei betont wird, daß die italienische Regierung selbst niemals einen Aufschub verlangt habe.

Zwischen drängen die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages vor allem in England und in Amerika immer mehr nach einer raschen Lösung der Wirtschafts-

Die bedrohte Kohlenaussöhnung

London, 9. Februar. Eine gemeinsame Konferenz der Bergarbeiter und Arbeitern, die gestern in London zur Begegnung der schlechten Lage der Kohlenaussöhnung einberufen wurde, hat beschlossen, einen gemeinsamen Ausschub zu errichten, um die Wirkung der deutschen Reparationslast auf den Kohlenhandel zu unterdrücken.

Die notwendige Wiederherstellung Mitteleuropas

London, 9. Februar. Einer Reuter-Meldung aus Washington folge steht der bereits gestern vom Reichsverkehrsministerium der Wirtschaftsministerie Europa, die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Kaufkraft Mitteleuropas und Englands bevor und erklärt, daß weitere Anhäufung von Gold in den Vereinigten Staaten eine ernste Gefahr sein würde. Der Bericht gibt Frankreich den Rat, die Reparationen auf Grund des Weißbadener Abkommens einzugehen, räumt jedoch ein, daß die Verwendung der deutschen Reparationslast auf den verödtesten Gegenden un durchführbar sein dürfte.

Ausland

England

Zwei Millionen-Anleihe für Österreich

London, 9. Februar. Das britische Bureau erklärt, daß beschlossen worden sei, der österreichischen Regierung eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling zu gewähren, vollständig unabhängig von dem Vertrage, den die französische Regierung vorzuhaben hat, um sicherzustellen, daß die österreichische Regierung die Einsicht hat, die Anleihe noch nicht festgesetzt werden.

Vereinigte Staaten

Wirkung der Abschaltungskonferenz

Boston, 9. Februar. Wie Reuter aus Washington meldet, ließ der Götzenhof auf Anweisung des Präsidenten Harding alle Bauarbeiten an 14 Großkraftwerken einstellen. Die Maßnahmen stehen mit dem Glencoe-Vertrag in Übereinstimmung.

Neueste Telegramme

Die Regierungserklärung und die Presse

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Februar. Die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik hat in der Freiheit der äußeren Rechten Böhmen gefunden. Nach die demokratischen Blätter sind von der Erklärung des Reichsministers entzückt. So begrüßt z. B. das Berliner Tageblatt die völlig eindeutigen Erklärungen des Reichsministers, daß sich seiner Ansicht nach eine Bedrohung des Reichstages heute zu der Aussöhnung des Reichsministers über das Streitfeld stellt und es negiert. Die Vossische Zeitung bezeichnet die Regierungserklärung eingehend und von politischen Gesichtspunkten aus. Sie geht mit Unrecht an sie den gestrigen Tag einen kritischen Tag und beginnen das damit, daß man von links befürchtet habe, die Regierung zu stützen, da sie zu jenseits gewesen sei und daß man sich von rechts mit der gleichen absicht strenge, weil man dem sozialen Wohl vorwirft, sich nicht hart genug gemacht zu haben. Ablenkend liegt die sozialistische Zeitung eine sozialistische erstaunlich einwirken, genauso einen Monat vor dem anstehenden feststehenden Termin des Zusammenschlusses der Konferenz von Genoa? Reichsregierung und Kommunisten beobachten, daß Deutschland für zwei Monate außenpolitisch verhindert wurde gewahrt wurde.

Doch die Redaktion des Reichsministers in gewisser Hinsicht innerhalb der Sozialdemokratie nicht mit Entzücken aufgenommen werden, liegt auch der Vorwurf durch, indem er sagt: Auch wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichsminister für den Verkehrsminister nicht die Worte Revolte und Aufrührerbewegung gebracht hätte, obwohl er sich auf alle seine im Amt befindlichen Landesministerkollegen, von Lipinski bis Lenin, berufen kann. Es handelt sich nicht um Worte, sondern um die Sache. Es handelt sich darum, daß ein weiteres Krautessen des augen und innerpolitischen Kürbis nach rechts verhindert wird und daß ohne jede Radikalpolitik die schlichtliche Liquidation des Eisenbahnerstreiks erfolgt. Das ist mit der gegenwärtigen Regierung viel besser zu regeln als mit einer in diesem Augenblick allein möglichen Nachfolgerin.

Zum Schlus warnt der Vorwurf, die Linienbahnen noch einmal bringend davor, mit den Kommunisten zusammen die Geschäfte der nächsten Riektion zu besorgen.

Darstellung des Kommunalisierungsgesetzes

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Februar. Das im Reichsministerium des Innern gegenwärtig in Arbeit befindliche Kommunalisierungsgesetz wird den gesetzgebenden Ämtern vorläufig nicht zu gehen, weil man beim jetzigen Stand der Verhandlungen über die

Regierungserweiterung nicht neue Schwierigkeiten für die Einigung der Parteien schaffen will. Auch außenpolitische Gründe für die Zurückstellung des Gesetzes mögeln.

Die Übersteuerungszuschüsse im Reichsrat

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Februar. Die Regierungsvorlage betreffend die Übersteuerungszuschüsse für die Beamten wird bereits in der heutigen Sitzung des Reichsrates zur Verhandlung kommen. Vor allem soll die Frage erörtert werden, in welcher Weise die Deckung für die Übersteuerungszuschüsse zu beschaffen ist.

Die Hamburger Parteidiensten zum Streit

Eigene Drahtmeldung

Hamburg, 10. Februar. Eine Versammlung der Bundesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Groß-Hamburg mit den Betriebsräten der S.P.D. beschäftigte sich am Donnerstag abend mit der sozialen Lage. Im Mittelpunkt der Ausprache stand der eben besetzte Eisenbahnerstreit. Eine Entschließung wurde nicht geagt. Jedoch kam allgemein zum Ausdruck, daß der von der Eisenbahnerseite initiierte Streit vom gewerkschaftlichen und politischen Standpunkt aus zu verurteilen sei. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führten die Besprechungen über die Maßnahmen der Regierung und der Eisenbahnerseite, die im Bezirk Altona die vom Deutschen Eisenbahnerverband angebotenen Arbeitsbeschaffungen abgelehnt und sich nur mit der Technischen Notshilfe beschäftigt habe. Starke Empörung löste es in der Versammlung aus, daß Geld genug vorhanden sei, um bei Eisenbahnern, die in der Zeit des Streiks gearbeitet haben, 1000 Mark Belohnung auszuzahlen. Die Versammlung beschloß, die Parteidienste, dagegen zu protestieren. Deshalb eindeutig ließ sich in der Versammlung das Bedürfnis heraus, die Frage des Streitrechts der Beamten, innerhalb unseres Partei endlich zu einer vollen Klärung zu bringen.

Lloyd George über Genoa

Eigene Drahtmeldung

London, 10. Februar. Ministerpräsident Lloyd George gab gestern im Unterhaus auf verschiedene Anfragen Erklärungen ab, der inhalt ab einer ersten englischen Regierungskonferenz auf die französische Notshilfe erklärte, daß die Konferenz von Genoa zu betrachten sei. Lloyd George erklärte, daß die Konferenz auf den 8. März fortgesetzt sei. Frankreich werde auf der Konferenz erscheinen, da es zu den Staaten gehört, die selbst zu der Konferenz eingeladen haben. Russland habe die Einladung nach Genoa angenommen, nachdem ihm die Bedingungen für die Einladung fairerweise mitgeteilt worden waren. Dorcas ergibt sich, daß es diese Bedingungen annehmen und bereit ist, sie zu beachten.

Letzte lokale Nachrichten

Das Wiederauftreten des Schnellzugverkehrs

Dresden, 10. Februar. Von heute an bzw. in der Nacht zum Sonnabend

noch nicht eine politische Maßfrage. Wenn die Kommunen in einem Stadtparlament die Weisheit hätten könnten sie auch nicht alle sozialistischen Forderungen erfüllen, weil sie nicht mehr ausgeben können als sie besitzen.

Abg. Schenck (Soz.): Zur Ausübung ist durchaus anzurechnen, daß die Bezüge der Sozialreformer aufsichtsbedürftig sind, aber die Antragsteller von der kommunistischen Partei haben es unterlassen, die Möglichkeit der Durchführung ihrer Anträge nachzuweisen. Ihre Antragstellung läuft nur darauf hinaus, bei den Sozialreformen Vorschläge zu machen.

Die Abstimmung erfolgt später. — Räteste Sitzung: Donnerstag den 16. Februar.

Sächsische Angelegenheiten

Die neue Gemeindeverfassung

Wie wir schon gestern kurz mitteilten, ist dem Sächsischen Gemeinderat vom Ministerium des Innern der Entwurf einer neuen Gemeindeverfassung zur Begutachtung zugegangen, der dem Landtag noch im Februar zu liegen kommt im wesentlichen:

Alle Gemeinden erhalten eine Einheitsverfassung. Die Gemeindevertretung wird auf jeweils drei Jahre gewählt; das Wahlrecht ist das gleiche wie bisher. Die bisherigen Städte behalten die Bezeichnung bei, ihre Gemeindevertreter heißen Stadtverordnete.

Das Kommissariat wird für alle Städte ohne Ausnahme durchgeführt. Den bisherigen Inhabern befördelter Stadtratsstellen wird freigestellt, binnen drei Monaten aus dem Dienst auszusteigen, wenn sie dies innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erklären. Geben sie eine solche Erklärung nicht ab, so gelten sie mit ihren bisherigen Dienstbezügen als unanfechtbar angezeigt, aber als Gemeindebeamte; sie haben kein Stimmrecht in der Gemeindevertretung und sind auch an den Verhandlungen der Ausschüsse ihres eigenen Kreises nur beteiligt, wenn sie vom Ausschüsse selbst mit berichtigender Stimme zugestimmt werden.

Die Bürgermeister werden auf jeweils jedes Jahr gewählt. Werden sie noch hundertjähriger Amtszeit nicht wieder gewählt, so erhalten sie die Hälfte ihres Dienstentgelts noch auf vier Jahre. Nach zweihundertjähriger Dienstzeit steht ihnen im Falle der Nichtwiederwahl die Hälfte ihres bisherigen Dienstentgelts auf Lebenszeit zu. Eine Wahl auf Lebenszeit findet nicht mehr statt. Es liegt im Amt befindliche Bürgermeister und Gemeindevorstände haben ihr Amt auf Verlangen des neugebildeten Kreisrathes niederzulegen. Dieses Verlangen kann erthalten innerhalb sechs Monaten, später immer nach Ablauf je einer sechsjährigen Amtszeit gestellt werden. Die Rechte auf ihre Dienstbezüge bleiben den so aus ihrem Amt scheidenden Bürgermeistern gewahrt.

Die Kreishauptmannschaften bleiben bestehen. Auch die Amthauptmannschaften werden zunächst als staatliche Verwaltungsbüroden aufrecht erhalten, ebenso bleiben die Bezirksverbände bis auf weiteres im wesentlichen mit dem bisherigen Wirkungsfreis bestehen.

Aus kleineren zusammengehörigen Gemeinden sollen Gemeindemengen gebildet werden; diese erhalten alle Befugnisse des bisherigen Städte.

To the Amtshauptmannschaften dadurch einen Teil ihres Wirkungsfreies verlieren, sollen ihrer Ansicht alle bisherigen Städte, soweit sie nicht bezirksfrei sind, unterstellt werden.

Die sächsischen Industriestädte zur Eisenbahntreform

Der Verband Sächsischer Industriestädte hat sich in seiner letzten Gesamtbündelsitzung auch mit der Frage der Neugründung des sächsischen Eisenbahngewesens beschäftigt. Er teilt darüber der Presse u. a. mit:

In der sehr eingehenden Aussprache über die Reformgedanken, die bisher in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, wurde namentlich auch der vorliegende Entwurf eines Eisenbahngesetzes mit seinem Ziel der Verselbständigung der Reichsbahnen auf der Grundlage des Art. 92 der Reichsverfassung behandelt. Man war darüber einig, daß von ihm die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Städte nicht erfasst und behoben werden. Aber auch die oft gehörte Darstellung: „Es ist das private Eisenbahn“ ist nach Aufstellung des Eisenbahnvertrages bloß geeignet, den wahren Reformgedanken auf das Gebiet des politischen und wirtschaftlichen Handels und ja auf ein unfruchtbaren weisses Eis anzuspielen, aus dem Aufschwung, Freiheit und Arbeit von eigentümlichen inneren Kern des Problems abgedeckt werden. Die willkürliche Reform des gesamtheitlichen Eisenbahngewesens hat vielmehr nach Aufstellung des weisungsprägenden von den Grundlagen der Entpolitisierung, Verkehrsplanung und Rationalisierung der Reichsbahnen und ihrer Verwaltung sowohl auszugehen, als daran zu beruhen und diese Grundsätze in einer allgemeinen anschließenden Weise durchzuführen. Auf diesem Wege werden die Interessen der Allgemeinheit sowie jene der Beamten, Angestellten und Arbeiter und insbesondere der nächstbeliebigen Verkehrsinteressenten am besten verwirklicht und im Rahmen des Gesetzes am wiedervereinigten eingesetzt.“

Der Verband Sächsischer Industriestädte drückt sich in dieser Aussage sehr vortrefflich und diplomatisch aus; wahrscheinlich ist er durch die entschiedenen Überstände, die sich dem von der Großindustrie in die öffentliche Diskussion gebrachten Gedanken der Entpolitisierung und Privatisierung der Reichsbahnen entgegenstellen, geneigt worden und er kennt doch, daß beim reichen Namen zu nennen. Wer aber zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird auch aus seiner Verlautbarung erkennen, daß er dasselbe hier erstrebt wie die Großindustrie ganz Deutschlands: Die Stimmierung der Reichsbahnen. Wenn er sich bei diesen Befreiungen auf die Hoffnungslosen Aufrüttungen beruft, das Milliardendefizit der Reichsbahnen durch Tarifabschüttungen auszugleichen, und wenn er heißt, daß sich noch der von ihm gewünschten Umorganisation der Reichsbahnen dieses Milliardendefizit auf andre Weise befreiten lassen werde, so ist dem gegenüber doch daran zu erinnern, daß dieses Defizit ganz andere Ursachen hat als den sozialen Charakter unserer Reichsbahnen. Denn vor dem Kriege hat die verstaatlichte Bahn leicht gewaltige Überschüsse abgeworfen. Wenn das nach dem Kriege anders würde, so hat man auch beträchtlich eine der vielen durchsogenen Folgewirkungen des Krieges zu erledigen, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben an den Rand des Untergangs gebracht haben. Durch eine Privatisierung der Reichsbahnen sind diese Folgewirkungen des Krieges unter keinen Umständen zu bannen. Alle auf die Entpolitisierung gerichteten Bemühungen werden von uns bis zum darüber hinausgeföhrt werden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Der Reichsarbeitsminister hat infolge der eingetretenen Erhöhung einer Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung um etwa 20 Prozent mit Wirkung vom 18. Februar 1922 an angeordnet. Im einzelnen werden sich die neuen Sätze aus einer Verordnung des Arbeitsministeriums ergeben, die in der heutigen

erscheinenden Nummer der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht werden wird. Nach der Auflösung der Sächsischen Regierung ist allerdings diese Erhöhung der Unterstützungsgröße ungenügend. Die nächste Regierung wird deshalb ihre Bemühungen, eine den jetzigen Lebensbedürfnissen wirtschaftlich entsprechende Steigerung der Sätze zu erreichen, nachdrücklich fortführen.

Stadt-Chronik

Mieteter und Hausbesitzer

Das Verhältnis zwischen Mieteter und Hausbesitzer wird immer gespannt. Das liegt daran, daß die Mieten von Mieterseite zu Vermieter, infolge der steigenden Unkosten des Haushaltbetriebs, erhöht werden müssen. Daran läßt sich nichts ändern, denn auch die Ausgaben eines Haushaltbetriebes müssen mit den Einkommen, das sind nie die Mieten, in Einklang gebracht werden. Das sieht auch der Mieter ein, der mit offenen Augen die Verhältnisse verfolgt.

Den Anfang zu den gespannten Verhältnissen geben zum größten Teil die Hausbesitzer selbst, indem sie sich mit ihren Mietern nach den gegebenen Verhältnissen nicht verständigen. Ein kleiner Teil von Hausbesitzern, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Hausbesitzer versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltbetriebes auf Verlangen vorlegt. Die Mieten werden jedoch nach einschätzen, daß die Verhältnisse erheblich schlechter sind als die Ausgaben, und das ist der vernünftigste Teil, hat den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung getragen und sich mit seinen Mietern verständigt. Nur friedliches Zusammenarbeiten des Vermieters mit seinem Mieter oder dessen Vertreter bringt uns aus dieser unliebsamen Situation heraus.

Der Mieter versucht sich durchaus nicht, wenn er seinen

Mietern Rücksicht über die Einnahmen und Ausgaben

Zusammen der öffentlichen Stellenvermittlung Semme sehe wolle die Gebördene preisgegeben sein. Dass ausgerechnet nach unmerklich schweren Tagen, die gerade die Reichsbahndämme hinter sich hat, diese Verordnung erscheint, ist bezeichnend für den Geist, der in einzelnen Reichsministerien herrscht.

Die dem Ausschuss für Ferienwanderungen des Deutschen Vereins für Volksbildung auf das Jahr 1921 beitragende Bürgschaft von 6000 R. wurde auf 2000 R. erhöht.

Ein Antrag Schrapels kommt, ersucht, den Arbeitsaufenthalten und Lehrfrätern am Volks- und Ausbildungsschulen, die längst auf die Ferienabreise vorgesehen waren, bis zum 1. Februar 1922 an die vom Reichsministerium vorgenommenen Tage (1920 bzw. 1920 R. für die Jahresreise) Abzug auszurichten. Die Befügung wurde mehrfach einer Erwiderungsabsicht gestellt, um dies nur in vergangenen Zeiten üblich war.

Dieser lag ein Antrag Schrapels (Kamm.) vor, al wozu bei der Kamm. und Heimatförderung davor zu warnen, dass der Ge- fügung etwas entsteht.

Ferienbahnvertrieb

Bezahlt vorgegangen war, dass den Förderungen der Reichsregierung nach entsprach, was, insbesondere jede Nachregelung der Streitenden und jede Verhinderung der Streitfelder unterbleibt, so dass der Rat zu schließen, die zur Verhinderung der Konkurrenz 1. die jüngste Zeit hauptsächlich Dienst, Büro und Schulunterrichtsergänzungsfesttage und die Verabschiedung der vorliegenden Regelungen angesehen, um damit die Bildungs-Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den Schulen weitere Platz zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung überzuweisen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verordnung; er hatte folgenden Wortlaut:

Angesichts der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums und der Ausführungsbestimmungen des jüngsten Arbeitsministeriums über die Einführung der Auszahlung der Gewerbeleistungsnutzung an die Erwerbstätigen, die länger als 26 bzw. 52 Wochen arbeitet und bezahlt haben, zuverlässig in Verbindung mit dem Arzt- und Berufsschutz und den Berufsorganisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer Magazinieren zu ergreifen, die geeignet sind: 1. die entsprechendem Grunde erwerbsbeschränkten, aber nicht solche erwerbsfähigen Erwerbstätigen zu angemessenen Bedingungen zu beschäftigen; 2. die in ihrem Berufe nicht mehr unterzuhaltenden, voll arbeitsfähigen Erwerbstätigen einen anderen Berufe zuzuführen;

Bei dem Reichsarbeitsministerium gegen die Verordnung, die die Gemeinden zum sozialistischen Unterhaltungsentzug zwinge, Vorsicht zu erheben.

Rechtsrat Tempel begründete den Antrag und forderte, dass in den Betrieben und Betriebsgruppen für die Erwerbstätigen zu suchen, wie man dies ähnlich den Schwangerschaften erledigen kann. Bei einem Entgegenkommen der Unternehmer würden noch viele Erwerbstätige unterzuhalten sein, sicherlich müsse die Möglichkeit der Einschaltung vorangehen. Die Arbeitgeber verfügten freilich wenig Recht, die Kosten solcher Unterhaltungsmöglichkeiten zu tragen. Das dürfe aber nicht maßgebend sein.

Rechtsrat Genossen Kirschbrey: Was die Fürsorge für erwerbsbeschränkte Erwerbstätige anbelangt, so sind bereits Vorbereitungen für Errichtung einer Werkstatt im Gange. Das Problem der Unterhaltungsmöglichkeiten ist gleichermaßen, was aber nicht bedeuten soll, dass es nicht weiter verfolgt werden dürfe. Da dem Ersteinen der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums gerade in der gezeigten Art liegt eine grobe Fälsche. Der Gewerbeleistungsnutzungshut hat bereits beschlossen, beim Reichsarbeitsministerium um eine Rücksicht zum Aufhebung dieser Verordnung vorstellig zu werden.

Der Antrag wurde darauf einstimmig angenommen.

Schließlich kam noch — gegen Mitternacht — ein von den Bürgerlichen Kabinetten eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung:

Angesichts möglicher Beschlüsse, den Rat zu ersuchen, sofort bei der Reichsbeamtenversammlung Dresden und beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden, dass die vom 10. Dezember 1921 gezeichneten Bekanntmachungsnotizen für die Beamten und Angestellten der Staat: Dresden, die dem Beamtenbeamtenselbstbestimmungsgesetz und den hierzu aufgestellten Richtlinien entsprechend, unverzüglich vorbehaltliche Genehmigung finden.

Der Beschluss der Stadtvorsteher vom 15. Dezember 1921/ Vorlesungswiederholung: sofort im beschleunigten Verfahren zur Ausführung zu bringen.

Oberbürgermeister Blüher bemerkte, dass die Durchsetzung der Bekanntmachungsnotizen auf große Schwierigkeiten bei den Institutsbediensteten gehe. Es sei ein Leidensweg, den man nicht gehen. Das Ministerium habe eine Verfügung herausgegeben, ob dies genau gesetzt werden sollte, dass keine Herabstufung der Beamtenbeamten im Verhältnis zu den Staatsbeamten stattfinde. So sei ein Trauerspiel, die ganze Weisheit der Besoldungsbewilligung zu leben. Er schaute den Tag herbei, an dem das Sperrgesetz zuschneiden werde. Der Rat werde ihm, was er tun könne, die Hand liegen über, an der Regierung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften

Vom Centralberband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, wird uns folgendes mitgeteilt:

Im Reichsgeblatt Nr. 12 ist eine Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung erlassen. Hieraus hat der Reichsarbeitsminister am 28. Januar 1922 unter Nr. 8484 folgendes veröffentlicht:

§ 12 der Verordnung betr. Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920, Reichsgeblatt Seite 218, wird der folgende Absatz angefügt: „Der Reichsbahndamm und Reichspostverwaltung sowie eine Vermeidung der Arbeitsleidigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeitszeit) anzusehen werden.“

In diese Verordnung gewichtet ist, den Arbeitnehmern der gesamten Reichsbahndamm und Reichspostverwaltung die verlängerten Arbeitszeit nicht zu beschreiben als dies bisher ohnedies der Fall war, so auch es Aufgabe aller Fraktionen des Reichstages und der Gewerkschaften ist, gegen diese einseitige Verordnung des Reichsministers den leidenschaftlichen Protest zu erheben und die Maßnahme zur Verkürzung zu erläutern.

Die Verordnung ist nicht geeignet, den Arbeitnehmern der gesamten Reichsbahndamm und Reichspostverwaltung die verlängerten Arbeitszeit nicht zu beschreiben als dies bisher ohnedies der Fall war, so auch es Aufgabe aller Fraktionen des Reichstages und der Gewerkschaften ist, gegen diese einseitige Verordnung des Reichsministers den leidenschaftlichen Protest zu erheben und die Maßnahme zur Verkürzung zu erläutern.

Die Verordnung ist bezeichnend für den Geist, der in einzelnen Reichsministerien herrscht.

Unter Aufsicht nahm darüber es Ende der gezeigten Verordnungen keine Gültigkeit zu erlangen. Auf alle Fälle aber muss dagegen protestiert werden, dass die einzelnen Ministerien verfügen, wie dies nur in vergangenen Jahren üblich war.

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner Gewerkschaftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 8. Februar im Gewerbehaus tagte und an der 763 stimmberechtigte Delegierten teilnahm, stellte gegen 2 Stimmen folgende Forderungen:

Die Generalversammlung steht in den zehn Forderungen des A.D.G.V. und des A.I.G.B. und des A.I.A. eine gerechte Grundlage, auf der alle proletarischen Kräfte einfallen werden können, um der wirtschaftlichen Verbesserung des Proletariats Einhalt zu gebieten. Die Versammlung hält diese Forderungen als das Kindespiel, dessen Basis im Interesse des Proletariats in absehbarer Zeit verwirklicht werden muss.

Die Versammlung erwartet deshalb, dass der A.D.G.V.

die Bergungsstätten und die Verabschiedung der

sofort liegenden Stufen angewandt, um damit die Bildungs-

Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den

Schulen weitere Plätze zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem

Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die

eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung zu erzielen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag:

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner Gewerkschaftsstelle des

Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 8. Februar im Gewerbehaus tagte und an der 763 stimmberechtigte De-

legierten teilnahm, stellte gegen 2 Stimmen folgende Forderungen:

Die Generalversammlung steht in den zehn Forderungen des A.D.G.V. und des A.I.G.B. und des A.I.A. eine gerechte Grundlage,

auf der alle proletarischen Kräfte einfallen werden können, um der wirtschaftlichen Verbesserung des Proletariats in absehbarer Zeit verwirklicht werden muss.

Die Versammlung erwartet deshalb, dass der A.D.G.V.

die Bergungsstätten und die Verabschiedung der

sofort liegenden Stufen angewandt, um damit die Bildungs-

Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den

Schulen weitere Plätze zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem

Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die

eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung zu erzielen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag:

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner Gewerkschaftsstelle des

Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 8. Februar im Gewerbehaus tagte und an der 763 stimmberechtigte De-

legierten teilnahm, stellte gegen 2 Stimmen folgende Forderungen:

Die Generalversammlung steht in den zehn Forderungen des A.D.G.V. und des A.I.G.B. und des A.I.A. eine gerechte Grundlage,

auf der alle proletarischen Kräfte einfallen werden können, um der wirtschaftlichen Verbesserung des Proletariats in absehbarer Zeit verwirklicht werden muss.

Die Versammlung erwartet deshalb, dass der A.D.G.V.

die Bergungsstätten und die Verabsiedlung der

sofort liegenden Stufen angewandt, um damit die Bildungs-

Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den

Schulen weitere Plätze zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem

Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die

eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung zu erzielen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag:

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner Gewerkschaftsstelle des

Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 8. Februar im Gewerbehaus tagte und an der 763 stimmberechtigte De-

legierten teilnahm, stellte gegen 2 Stimmen folgende Forderungen:

Die Generalversammlung steht in den zehn Forderungen des A.D.G.V. und des A.I.G.B. und des A.I.A. eine gerechte Grundlage,

auf der alle proletarischen Kräfte einfallen werden können, um der wirtschaftlichen Verbesserung des Proletariats in absehbarer Zeit verwirklicht werden muss.

Die Versammlung erwartet deshalb, dass der A.D.G.V.

die Bergungsstätten und die Verabsiedlung der

sofort liegenden Stufen angewandt, um damit die Bildungs-

Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den

Schulen weitere Plätze zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem

Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die

eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung zu erzielen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag:

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner Gewerkschaftsstelle des

Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 8. Februar im Gewerbehaus tagte und an der 763 stimmberechtigte De-

legierten teilnahm, stellte gegen 2 Stimmen folgende Forderungen:

Die Generalversammlung steht in den zehn Forderungen des A.D.G.V. und des A.I.G.B. und des A.I.A. eine gerechte Grundlage,

auf der alle proletarischen Kräfte einfallen werden können, um der wirtschaftlichen Verbesserung des Proletariats in absehbarer Zeit verwirklicht werden muss.

Die Versammlung erwartet deshalb, dass der A.D.G.V.

die Bergungsstätten und die Verabsiedlung der

sofort liegenden Stufen angewandt, um damit die Bildungs-

Schulen, Kindergarten und die Familien zu versorgen, die Menschen ja verloren haben und ohne Söhnen sind, 2. in den

Schulen weitere Plätze zu schaffen für Familien ohne Kinder einzurichten, 3. sollen durch den Streit arbeitslos gewordenen Angehörigen und Arbeitern Stellen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Polizei durch eine Steuer auf die Unternehmen aufzutragen, 1. dem

Rat zur Ausführung dieser Festschrift Genehmigung zu erzielen und zu erwirken, in der nächsten Stadtverordnungserlassung über die

eröffneten Maßnahmen Berücksichtigung zu erzielen.

Der Antrag wurde vom Prüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag:

Die Dresdner Metallarbeiter und die zehn Forderungen des A.D.G.V.

Die Generalversammlung der Dresdner